

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Anzeigenpreis: Die 6 gespalt. Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 1.00 M. Geschäfts- u. Privatanzeigen 1.20 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelfor 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Samstags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 34

Duisburg, den 20. August 1921

22. Jahrgang

## Konzernbewegung und Betriebsräte

Wilhelm Mauer.

Nach dem Betriebsrätegesetz ist das Aufgabengebiet der gewählten Betriebsvertreter durchaus lokal, d. h. nur für den einzelnen Betrieb gedacht. An und für sich ist dieses auch richtig und notwendig. Aber der Zweck des Betriebsrätegesetzes würde kaum erreicht werden, wenn die Betriebsvertreter „ihren“ Betrieb nicht über die engen Fabrikmauern hinaus besehen könnten. Es muß ihnen deshalb u. a. auch die Möglichkeit geboten werden, mit gleichartigen Bestrebungen in Fühlung, insbesondere in einen Austausch von Erfahrungen zu treten. Natürlich nur auf den zuständigen Gebieten und nur zu dem Zweck, um den Betriebsrätegeboten im einzelnen Betrieb vollständig verwirklichen zu können.

In solchen Gründen ist ja auch die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der Betriebsvertreter mit den gewerkschaftlichen Organisationen gegeben. Denn die Gewerkschaften verfügen auf Grund ihrer reichhaltigen Einrichtungen und Erfahrungen über das, was dem Betriebsvertreter in „seinem“ Betrieb den Blick erweitern soll. Die Sammlung der Massen und Interessenten aus allen oder mehreren gleichartigen Betrieben, die Wahrung der Interessen und die fachlichen Weiterbildungsbestrebungen der Gewerkschaften nach Branchen oder Spezialberufen, in Sonderkonferenzen, Kursen oder Spezialfachschriften usw. bieten dazu ein gutes Mittel.

Daneben kommen die gewerkschaftlichen Bestrebungen, die Betriebsvertreter zunächst im Berufsverband, örtlich, bezirklich und für das ganze Reich insgesamt, sowie nach Branchen besonders zu erfassen und ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Ferner die Organisierung der Betriebsvertreter über den Berufsverband hinaus in der Gesamtbewegung nach Kartellen, Ortsausschüssen, in den Gesamtverbänden der Arbeiter wie Angestellten und als höchste Spitze im Deutschen Gewerkschaftsbund. Was unsere Betriebsvertreter im einzelnen Betrieb, zunächst an äußerer Einwirkung, an Fühlung mit der „Außenwelt“ oder an anderweitigen Erfahrungen usw., benötigen, das finden sie hier im reichsten Maße. So die einschlägigen Verhältnisse und Einzelheiten der Betriebe, der Produktion, der Lohnpolitik, der sozialen Verhältnisse usw., örtlich wie allgemein. Also eine Austauschmöglichkeit reichhaltiger Erfahrungen und Anregungen ist dadurch gegeben.

Indes reicht diese

### gemeinschaftliche Arbeit

für die Betriebsvertreter von größeren Unternehmen, die mehrere Betriebe mit gleichartiger oder übereinanderliegender Erzeugung haben, kaum aus. Dieses trifft auch für industrielle Interessengemeinschaften zu. Schon allein das Gesetz II sagt den Betriebsvertretern wie den Arbeitnehmermassen, wenn sich die Arbeitgeber und Betriebe noch in dieser Richtung vereinigen, dann müssen auch wir

in demselben Sinne tätig sein. Um so mehr als auch eine Reihe sachlicher Gründe zu dieser weiteren Gemeinschaftsarbeit der Räte vorliegen. So arbeiten diese Betriebe oft Hand in Hand miteinander, manche einschlägigen Allgemeinverhältnisse der einzelnen Werke, wie ihre Ergebnisse, sind oft ein und dieselben oder laufen auf ein Ziel hinaus und insbesondere werden diese Betriebe oft

gegenseinander „ausgespielt“.

Gerade das letztere treibt daher die Arbeitnehmerschaft bzw. die Betriebsvertreter ganz natürlich dahin, mit ihresgleichen in anderen Betrieben desselben Unternehmens oder derselben Interessengemeinschaft in Verbindung zu treten.

Weiter führt hierzu, wenn auch in bedingtem Maße, das Betriebsbilanzgesetz und namentlich das im Werden begriffene Gesetz betreffs Entsendung von Betriebsvertretern in den Aufsichtsrat. Ohne eine reifliche Verständigung der Betriebsvertreter ist die erhoffte Auswirkung dieser Gesetze kaum zu erwarten. Außerdem führt zum gemeinschaftlichen Beraten der Betriebsvertreter: der Beschäftigungsgrad der einzelnen Betriebe, die Aussprache über Betriebsförderung, Arbeitsleistung, etwaige willkürliche Maßnahmen, die Entwicklung der Tariflöhne, der Akkordsätze, soziale Anliegen usw. Berücksichtigt man daneben das „Ausspielen“ der einzelnen Betriebe gegeneinander, dann ist auch dadurch zu verstehen, daß das Hand-in-Handarbeiten der Betriebsvertreter von solchen Unternehmungen nicht nur etwas Bestehendes an sich hat, sondern daß dieses sogar notwendig ist. Und zwar nicht nur zum Wohle der Arbeitnehmer, sondern auch — bei richtiger Aufmachung und Leitung — im Interesse der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Betriebe; für die Hebung der Qualität und der Quantität der Erzeugung.

Solche Bestrebungen sind durchaus keine Neuerung. Schon vor dem Kriege hatten wir die Zusammenkünfte und Verständigungen gewerkschaftlicher Betriebsvertreter in den verschiedensten oder allen Betrieben, die zu einem größeren Unternehmen gehörten. Diesen Zusammenkünften ging in der Regel und in notwendiger Weise eine statistische Erhebung voraus. Außerdem lag ihnen ein bestimmtes Ziel vor und vor allem eine gute, zuverlässige Leitung, nämlich durch die gewerkschaftliche Organisation selbst. Die Wirkung solcher Gemeinschaftsarbeit war deshalb eine gute. Als später die Arbeiterausschüsse des Hilfsdienstgesetzes kamen, da zeigte sich bei größeren Unternehmungen mit mehreren Betrieben erneut die Zweckmäßigkeit dieser Verständigung. Jetzt bei der Verwirklichung des Betriebsrätegesetzes, und wo eine Hochkonjunktur der Funktionen, der Konzerne und der Interessengemeinschaften besteht, da ist diese gemeinschaftliche Arbeit wiederum nicht nur zweckmäßig, sondern auf bestimmten Gebieten von Fall zu Fall sogar notwendig.

machen. Dabei hilft selbstverständlich der Weizen der Schieber. Auch aus der Ausfuhr wissen sie „Honig“ zu ziehen, indem sie z. B. Düngemittel und andere chemische Erzeugnisse zum niedrigen inländischen Preis aufkaufen und ins Ausland verschleudern, das nach dem Willen der deutschen Hersteller und Behörden weit höhere Preise zahlen sollte. Daher steht der Reichskalender bereits vor der Frage, ob er die Zufuhr zum besetzten Gebiet sperren soll. Mit dieser Schilderung gewisser tieftrauriger Vorgänge, die mit den Sanktionen in Zusammenhang stehen, ist freilich das Verhängnis bei weitem nicht völlig angedeutet, das durch die Errichtung der Eisner Stelle für unsere Wirtschaft heraufbeschworen wurde. Obige Angaben betreffen nur den Verkehr zwischen besetztem Gebiet und Ausland. Aber die Rheinzone und das Genehmigungsverfahren trennen auch die Rheinlande in zwei ungleiche wirtschaftliche Teile scharf auseinander und lähmen zugleich das westliche Hauptgebiet dieses Ränderstriches (Pfalz, Rheinhessen, Rheinrufer diesseits der Zolllinie) vom ganzen übrigen Deutschland ab. Dabei erwachsen den einzelnen Gewerbe- und Handelsbetrieblenden besondere Zollgefälle am Rhein, statistische Gebühren, viele Verzögerungen, inselgesessen alle diejenigen wirtschaftlichen Folgen, die immer wieder zu Kundgebungen in der Öffentlichkeit führen. Allein die Gebühren, die für das Genehmigungsverfahren in Ems zu tragen sind, haben seit der Errichtung der Eisner Stelle über die Deckung aller Unkosten hinaus bis jetzt eine Reineinnahme von rund 30 Millionen Mark für die Verbandsmächte gebracht. Darüber, ob diese Überschüsse Deutschland für Reparationen gutgeschrieben werden, ist noch immer nicht entschieden.

Quaque tandem... I — Wie lang noch?

## Das Recht am Arbeitslohn

Dr. Franz Goerrig.

Die Frage des Rechtes am Arbeitslohn ist sehr umstritten, aber gerade in heutiger Zeit kommt es darauf an, darin eine Formel zu finden, die sowohl dem sozialen Recht als auch den wirtschaftlichen Anforderungen gerecht wird. Das ist nicht leicht und mit Phrasen ist da am wenigsten geholfen. Nur durch Hervorheben des Für und Wider wird sich ein entsprechender Weg finden lassen. Wir geben in dieser Nr. Dr. Goerrig das Wort zu den Darlegungen des Kollegen Eises in Nr. 28 unseres Organs. In der nächsten Nummer lassen wir einen Entgegnungsartikel folgen.

In Nr. 28 des „Deutschen Metallarbeiters“ vom 4. Juni d. J. nimmt Alex Eise kritisch Stellung zu meinen Ausführungen unter dem obigen Kennwort in Nr. 76 der „Deutschen Bergwerkszeitung“ und kommt dabei zur Beanstandung eines Teiles meiner Ausführungen.

Anlaß zu meinen Darlegungen in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ gab der Gedanke an die unabwendbar drohenden Lohnkämpfe der Zukunft. Es schien mir sehr wesentlich, vor Eintritt in diese Kämpfe eine größere Klarheit in der Problemauffassung zu erstreben, damit nicht durch ein Aneinanderreiben infolge grundsätzlich verschiedener Auffassung eine Verschärfung der Kämpfe eintritt.

In den

### Kommenden Lohnkämpfen

und vor allem bei dem jetzt bevorstehenden Streit über die Notwendigkeit Zweck- oder Nichtzweckmäßigkeit eines Lohnabbaues unter Anpassung an das Vorgehen der ausländischen Konkurrenz werden wir nicht umhin können, die Löhne hüben und drüben genauer zu vergleichen und sowohl ziffernmäßig, als auch ihrem Wesen nach möglichst in Einklang zu bringen, weil wir sonst allmählich ganz auf dem Weltmarkt ausgeschaltet werden würden.

In diesem Zusammenhange betonte ich, daß der Arbeitsvertrag zwar heute seinen ursprünglichen, rein gegenseitigen und privatkapitalistischen Charakter mehr und mehr verloren und in Recht und Praxis eine soziale Beeinflussung erfahren habe, daß aber andererseits die Wirtschaft selbst mit dieser sozialen Durchdringung der Arbeitsverträge noch nicht genügend Schritt gehalten habe. Ich hob hervor, daß in unserem Wirtschafts- und Handelsleben im Großen und Ganzen immer noch die privatwirtschaftlichen und individualistischen Grundzüge der Weltwirtschaft herrschen und auch solange herrschen müssen, wie die internationale Weltwirtschaft individualistisch orientiert bleibt.

Dieser durch seine häufige Betonung in der Fachliteratur fast banal gewordene Satz bedarf keiner näheren Begründung. Sehen wir es doch tagtäglich und mit besonders krasser Deutlichkeit an den Krisenerscheinungen der letzten Monate, daß der deutsche Unternehmer, zumal in der jetzigen Zeit des Tiefstandes, unbedingt darauf angewiesen ist, unter den gleichen Produktionsbedingungen wie die konkurrierenden Unternehmer des Auslandes zu arbeiten.

Daraus folgerte ich, daß vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, unsere Gesamtwirtschaft immer noch darauf angewiesen ist, zu fragen, was für die geleistete Arbeit aufgewandt werden muß und in welchem Verhältnis unsere deutschen Produktionskosten zu denjenigen des konkurrierenden Auslandes stehen.

In notwendigem Zusammenhange damit stand die weitere Folgerung, alles das als Arbeitslohn zu betrachten, was vom Unternehmer direkt oder indirekt für die Inanspruchnahme der Arbeitskraft des Arbeitnehmers aufgewandt werden muß.

Zu diesen Aufwendungen für die vom Arbeitgeber benutzte Kraft des Arbeitnehmers rechnete ich neben dem vereinbarten und vertragsmäßigen Barlohn auch alle Aufwendungen, die direkt oder indirekt während oder nach der Vertragsdauer vom Arbeitgeber zu Gunsten des Arbeitnehmers aufgewandt werden müssen.

Alle diese Summen, mögen sie nun von dem Vertragslohn zur Ermittlung des Barlohnes abgerechnet werden oder über den Vertragslohn hinaus vom Arbeitgeber zu zahlen sein, stellen den Arbeitslohn im weiteren Sinne dar und diese Begriffserweiterung ist unumgänglich notwendig, wenn man durch Vergleich gegenüber dem Auslande die Angemessenheit der jetzigen Lohnhöhe beurteilen will, da ja im Auslande sehr viele unserer sozialen Einrichtungen fehlen und der Arbeitnehmer dort infolgedessen gezwungen ist, nachträglich auf seinem Barlohne eine Selbstsicherung vorzunehmen.

Zum Schluß erinnerte ich dann daran, daß man infolge dieser Notwendigkeit, alle direkten und indirekten Leistungen

## Das Loch im Westen

Wir haben schon oft bedauert, daß ein großer Teil des deutschen Volkes seine Eier nach ausländischen unnützen Waren nicht befriedigen kann und sie zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft auf alle mögliche Art und Weise nach Deutschland hereinführt. Die „Kölnische Volkszeitung“ befaßt sich in einem längeren Artikel mit diesem Loch im Westen und schreibt:

„Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus könnte es noch einigermaßen erträglich erscheinen, daß durch die wieder geöffneten Grenzlande im Westen — neben den erwünschten Rohstoffen — auch gewisse vorgearbeitete Waren hereinströmen, die für viele deutsche Gewerbe doch wieder Rohstoffe darstellen. Aber für sehr vieles Derartige (Weder, Garn, Del, Zucker) haben wir doch in Deutschland große eigene Industriel. Wie muß es gar auf unsere gewerbliche Lage und die Stimmung des deutschen Volkes wirken, wenn große Mengen von baumwollenen und wollenen Geweben aller Art, von Pneumatiks, Motorrädern, Automobil-Chassis, Fahrradmotoren, ferner von ganz unnötigen Luxuswaren, wie Luxusobst, Vanille, Gummen, Zitronen, Savanna-Zigarren, Seifen, Spitzen, Seidenwaren, Palmen usw., hereinkommen! Binnen zwei Monaten reicht der Wert dieser Einfuhren, die in Ems notgedrungen gutgeheißen werden müssen, allein aus England, Belgien und Frankreich an drei Milliarden Mark heran, wobei die Einfuhr aus anderen und namentlich aus neutralen Ländern gar nicht berücksichtigt ist. England ist daran reichlich mit der Hälfte beteiligt, Belgien und Frankreich mit je einem Viertel. Die Ausfuhr, welche die Eisner Stelle zu bearbeiten hat, dürfte etwa ein Drittel der von ihr gutgeheißenen Einfuhr aus-

### Teuerung und Lohnabbau

für die Arbeitskraft unter den Begriff des Arbeitslohnes zu fassen, auch die bisherigen Rechtsauffassungen über das „Recht am Arbeitslohn“ entsprechend anders zu fassen hat.

Verstand man früher unter diesem Rechte den Anspruch des Arbeitnehmers auf volle und unverkürzte Verzinsung,

des verdienten Arbeitsentgeltes, so beschränkt sich heute dieser Anspruch auf die unverkürzte Herausgabe nur desjenigen Teiles der Arbeitsentschädigung, den der Arbeitgeber nicht auf Grund eines staatlichen Zwanges zurückhalten muß.

Zur Vermeidung von Mißverständnissen bemerke ich, daß eine solche Einschränkung des Rechtes am Arbeitslohn vom Arbeitnehmer nicht bedauert zu werden braucht, weil sie ja nur zu seinem Vorteile erfolgt. Erhält er doch auf diese Weise mühselos und zuverlässig eine erhebliche Sicherung für die Fälle von Krankheit, Unfallbeschädigung, Invalidität und Arbeitslosigkeit.

Aus dem gleichen Grunde magde ich endlich gegen die eingerissene Praxis aus Kurzsichtigkeit den Arbeitgeber für die Abzüge verantwortlich zu machen und von ihm ohne Berücksichtigung der wirtschaftsnotwendigen Lohnprobleme eine Auffüllung der durch die Abzüge entstandenen Lücken ohne weiteres allein deshalb zu verlangen, weil die Abzüge erfolgten.

Was sagt nun demgegenüber Eltes in seiner Erwiderung in Nr. 23 des „Deutschen Metallarbeiters“?

In erster Linie verteidigt er die Ansprüche des Arbeiters auf Auffüllung der durch die Abzüge entstehenden Lohnlücken mit der Begründung, daß der Arbeitnehmer heute bei weitem nicht alles das für seine Arbeitsleistung erhalte, was er rechtlich zu fordern habe.

Wenn Eltes zur Begründung dieser Ansicht ausführt, daß der Arbeitnehmer rechtlich als Gegenleistung den Wert fördern kann, den seine Arbeitsleistung darstellt, so muß ihm hierin vom Standpunkt sozialer Gerechtigkeit aus allerdings unumwunden Recht gegeben werden.

Diesem Grundsatze habe ich durch meine Ausführungen in der Bergwerkszeitung aber auch keineswegs mittelbar oder unmittelbar widersprochen. Ich bin im Gegenteil von dem Standpunkte ausgegangen, daß

#### der Lohn dem Werte der Arbeitsleistung angepaßt

sein müsse. Zur Erfüllung dieser Voraussetzung bedarf es auch der Beachtung und der Vorsorge, daß der Arbeitslohn den Arbeitswert nicht unangemessen überschreitet.

Dies würde aber der Fall sein, wenn man der weiteren Forderung von Eltes entspreche und verlangen würde, daß der Arbeiter als Barlohn unbedingt immer das erhält, was er zur Bestreitung seiner Haushaltungsauslagen benötigt.

Man kann es selbstverständlich dem Arbeitnehmer nicht zumuten, sich mit Einkünften zu begnügen, die unter seinem Existenzminimum liegen. Nur muß, wenn dies der Fall ist, nach anderem Auswege gesucht werden und es darf nicht etwa unbeschränkt ein Lohn über den Arbeitswert hinaus unbegrenzt eingeräumt werden.

Eltes geht in seinen Ausführungen ja auch ganz richtig nicht etwa vom Einzellohn und der Einzelarbeitsleistung, sondern vom Gesamtlohn und der Schlupfsumme aller geleisteten Arbeit aus. Er folgert daraus die Notwendigkeit der Ausschaltung der sogenannten arbeitslosen Einkommen.

Nur muß dabei berücksichtigt werden, daß tatsächlich das viel behauptete arbeitslose Einkommen weit geringer ist, als vielfach angenommen wird.

Vor allem darf man das arbeitslose Einkommen nicht mit dem Unternehmer- und Händlergewinn verwechseln und auch letztere Gewinne restlos beseitigen oder unangemessen kürzen, denn sobald die Kürzung der Unternehmergewinne das erträgliche und vor allem das in der ausländischen Konkurrenz übliche Maß überschreiten würde, hätten wir ein Erlahmen unserer produktiven Kräfte zweifellos zu verzeichnen. Eng verbunden damit ist die Gefahr einer herberbenbringenden Umkehrung der Verhältnisse in ihr Gegenteil. Es mag an dieser Stelle merkwürdig klingen, bleibt aber doch wahr, daß auch der Arbeitnehmer ein arbeitsloses Einkommen zum Schaden unserer Gesamtwirtschaft erzielen kann. Dies trifft zu, wenn der Lohn ohne Rücksicht auf den Arbeitswert und den Wert der Produktion festgesetzt wird nach nur reinen sozialen, unserer Wirtschaft noch nicht angepaßten Lohnformeln.

Zum Schluß sei nochmals darauf hingewiesen, daß meine Ausführungen in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 1. April weniger auf eine Kritik unserer Lohnreformpläne, als auf die Lohnbehandlung in der jetzigen Praxis hingingen.

Vom Standpunkte sozialer Billigkeit und Gerechtigkeit würde es zweifellos besser sein, wenn sich der Gegenorschlag von Eltes realisieren ließe.

Diese Verwirklichung scheitert aber daran, daß die deutschen Volksgenossen noch nicht von dem Grundgedanken sozialer Solidarität und Uneigennützigkeit getragen sind, vielmehr zu ihrer aktiven Tätigkeit des Anspornes durch finanzielle Vorteile bedürfen.

So unangenehm und unsozial diese Erscheinung sein mag; wir müssen uns hüten, durch die Nichtbeachtung dieser Faktoren unser gesamtes Wirtschaftsleben und damit in schwerster Maße die Arbeitnehmerklassen leiden zu lassen.

Zweckmäßiger dürfte es jedenfalls sein, sich auch hier auf den Boden der nackten Wirklichkeit zu stellen und in Erkenntnis der konkurrenzbehindernden Unwirtschaftlichkeit nicht durch falsch kalkulierten Lohn den Absatz und die Absatzmöglichkeiten einzunengen. Die richtige und rechtzeitige Erkenntnis allein kann uns befähigen, zur Zeit an wirksamere Gegenmittel zu denken und die Not der Arbeitnehmerklasse auf anderem Wege, insbesondere durch eine Verbesserung des Lebensmittelmarktes, durch Störung der Reproduktion und durch Verwehrung der Produktion überhaupt zu heben.

Nach einer kurzen Entspannung in den Preisen für den täglichen Bedarf zieht neuerdings wieder alles an und es ist noch nicht abzusehen, wie die Kurve der Preise für Bedarfsartikel sich im Herbst und Winter entwickeln wird. Wir haben sicher, gar keine Veranlassung, optimistisch in die Zukunft zu sehen. Der Monat Juli zeigte in den Kosten des Existenzminimums infolge der Preissteigerung für viele Nahrungsmittel höher, als in den sechs Vormonaten. Im Vergleich zur Vorkriegszeit sind die Preise ungeheuer hoch, Brot kostet elfmal soviel wie 1914, Margarine dreizehnmal, Milch und Butter fünfzehnmal, Zucker siebenmal und Kartoffeln achtmal soviel. Allein für die rationierten Lebensmittel ergab sich von Juli 1914 bis Juli 1921 im ganzen eine Verteuerung auf das Zwölfwache. Nimmt man jetzt die nichtrationierten Lebensmittel hinzu, berücksichtigt man die ungeheure, durch gar nichts berechnigte Uebersteigerung aller Textilwaren, die Steigerung der Kohlenpreise etc., so ergibt sich insgesamt eine Gesamtsteigerung seit 1914 um das 15- bis 16fache.

Der gewissenhafte Statistiker Dr. Kuczynski berechnet das Existenzminimum seit 1914 und kommt zu folgendem Ergebnis. Seine Zahlen erstrecken sich zwar auf Berlin, aber es ist bekannt, daß hinsichtlich der Lebensmittelpreise Berlin noch immer besser dasteht, als die Städte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets, was bei den Zahlen zu berücksichtigen ist. Kuczynski berechnet also:

|                                    | Preis Juli 1921 | Preis Juli 1914 |
|------------------------------------|-----------------|-----------------|
| Rationierte Nahrungsmittel         | 798             | 64              |
| 125 Gr. Roggenmehl                 | 100             | 4               |
| 375 Gr. Hafersflocken              | 229             | 9               |
| 125 Gr. Speisebohnen               | 56              | 5               |
| 2000 Gr. Kartoffeln                | 486             | 24              |
| 1000 Gr. Gemüse                    | 200             | 14              |
| 125 Gr. Margarine                  | 260             | 23              |
| 1 Liter Milch                      | 354             | 23              |
| <b>Zus. für ein 6-10jähr. Kind</b> | <b>2428</b>     | <b>173</b>      |
| 250 Gr. Graupen                    | 162             | 10              |
| 125 Gr. Speisebohnen               | 56              | 5               |
| 250 Gr. Erbsen                     | 129             | 11              |
| 1000 Gr. Kartoffeln                | 218             | 12              |
| 750 Gr. Gemüse                     | 150             | 11              |
| 250 Gr. Büchsenfleisch             | 400             | 56              |
| 125 Gr. Speck                      | 463             | 20              |
| 500 Gr. Salzheringe                | 200             | 25              |
| 125 Gr. Margarine                  | 260             | 20              |
| <b>Zusammen für eine Frau</b>      | <b>4466</b>     | <b>343</b>      |
| 500 Gr. Reis                       | 360             | 22              |
| 250 Gr. Speisebohnen               | 112             | 11              |
| 125 Gr. Speck                      | 463             | 20              |
| 250 Gr. Salzheringe                | 100             | 13              |
| 125 Gr. Margarine                  | 260             | 20              |
| <b>Zusammen für einen Mann</b>     | <b>5761</b>     | <b>429</b>      |

Als wöchentliches Existenzminimum unter Eingerechnung der Miete, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Zahrgeld, Steuern) ergeben sich folgende Ziffern:

|                   | Mann  | Ehepaar | Ehepaar mit 2 Kindern |
|-------------------|-------|---------|-----------------------|
| Juli 1921         | 156   | 237     | 324                   |
| Juni 1921         | 152   | 231     | 311                   |
| Mai 1921          | 140   | 209     | 285                   |
| Juli 1920         | 154   | 230     | 324                   |
| Aug. 1913/Juli 14 | 16,75 | 22,80   | 28,80                 |

Auf den Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst im Juli 1921 für einen alleinstehenden Mann 26 M., für ein kinderloses Ehepaar 40 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6-10 Jahren 54 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 8100 M., für das kinderlose Ehepaar 12 400 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 900 M.

Wieviele Arbeiter aber haben im Durchschnitt ein solches Einkommen? Das Durchschnittseinkommen liegt zumal bei der Kurzarbeit unter dem Existenzminimum.

Sicher ist das Existenzminimum für einen alleinstehenden Mann mit 156 M. wöchentlich viel zu niedrig gegriffen. Dafür wird ein lediger Mann nirgendwo seinen Lebensunterhalt fristen können. Im allgemeinen darf man sagen, daß die oben genannten Zahlen Minimalzahlen sind, die oft hinter den tatsächlichen Bedürfnissen noch zurückbleiben. Um so merkwürdiger muß es erscheinen, wenn das reichsstatistische Amt mit Zahlen jongliert, die der Wirklichkeit direkt ins Gesicht schlagen.

Es „errechnet“ eine Steigerung der Lebensmittelpreise um das rund Zehnfache und eine Gesamtsteigerung um das Achtfache. Daß diese Ziffern absolut nicht zutreffend sind, könnte jede Hausfrau beweisen und dürfte nach den obigen Ausführungen als erwiesen gelten. Damit wird dem Volke Sand in die Augen gestreut und im Ausland die Ansicht verbreitet, als ob es mit der deutschen Lebenshaltung gar nicht so bergab gegangen sei, wie geschrieben und gesprochen würde. Andererseits sind solche Angaben, wie das reichsstatistische Amt sie herauskonstruiert, eine beliebte Waffe für das Unternehmertum, um mit amtlichen Zahlen den Lohnabbau fordern zu können. Gegen eine solche — gelinde gesagt — merkwürdige „Statistik“ kann nicht scharf genug vorgegangen werden, da sie die wirklichen Verhältnisse vollkommen auf den Kopf stellt.

Mitten in der Zeit dieser steigenden Teuerung bringen es die Unternehmerorgane noch fertig, von Lohnabbau zu reden. Allen voran natürlich die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“. Es dürfte vielleicht einmal an der Zeit sein, in den Arbeitstagen einsehen zu lassen gerade mit der schroffen Arbeiterbekämpfung den Tendenz dieser Zeitung sich auch einmal etwas zu befassen und Veranlassung zu nehmen, daß das Unternehmertum sich das Gebahren dieses Organes etwas näher ansieht und seine Richtlinien darnach ausstellt. Jedes Arbeiterrecht wird in der „Arbeitgeberzeitung“ bekämpft und in punkto „Lohnabbau“ war gerade sie die eifrigste Kämpferin. Sie ist natürlich infolgequent genug, den Preisabbau entweder gar nicht zu erwähnen, oder doch nur an unauffälligen Stellen mit einer Sandbewegung abzutun.

Auf den Preisabbau kommt es an, und zwar muß davon mit allen Mitteln gearbeitet werden. Aber davon brüht man sich vorbei und möchte statt dessen den Arbeiter noch mit einem Lohnabbau „beglücken“.

Das Unternehmertum geht in der jetzigen Zeit wieder daran, überall Preisaufschläge zu nehmen. Wir haben in der vorigen Nummer eine ganze Anzahl veröffentlicht. Solange die Preissteigerung anhält, kann nicht nur von einem Lohnabbau, sondern nur von einer Lohnerhöhung die Rede sein. Wenn halben sind Lohnbewegungen im Gange, um die große Spannung zwischen Lebensmittelpreisen und Einkommen auszugleichen. Daß die Arbeiterschaft, die unter der Not der letzten Jahre mehr als irgend ein anderer Stand gelitten hat, ein dringendes Recht auf eine Besserung ihrer Lebensverhältnisse besitzt, ist selbst von sozial denkenden Unternehmern anerkannt worden. Bei den kommenden Lohnbewegungen muß vor allen Dingen harter Kopf gehalten werden. Unüberlegte Sandlungen, Putzche und wilde Streiks, zu denen die Radikalen drängen, schädigen die Arbeiterschaft auf das empfindlichste. In voller gewerkschaftlicher Ueberlegung und Fähigkeit muß an die Arbeit gegangen werden; dann kann der Erfolg nicht ausbleiben.

### Arbeitskammerwahl im Ruhrbergbau

Karl Dübey.

Bei der am 2. August stattgefundenen Arbeitskammerwahl sind 183 470 gültige Stimmzettel abgegeben worden. Außerdem waren 40 196 Stimmzettel ungültig, wovon 39 671 Stimmen auf eine für ungültig erklärte Vorschlagsliste der Freien Arbeiter-Union (Gelsenkirchen) entfielen. Die Unionisten erhalten daher trotz ihrer erheblichen Stimmzahl kein Mandat, weil sie nicht einmal imstande waren, eine vorchriftsmäßige Vorschlagsliste einzureichen.

Von den 183 470 gültigen Stimmen entfallen auf

|  |         |                          |
|--|---------|--------------------------|
| Liste 1 Gewerkschaftl. Bergarb. 49 482 | Stimmen | 6 Mitglieder u. 5 Stell. |
| „ 2 Alter Bergarb. Verband 100 024     | „       | 12 „                     |
| „ 5 Christl. Berufsverbände 7 105      | „       | 1 „                      |
| „ 6 Polen 20 438                       | „       | 2 „                      |
| „ 7 Kirch. Dunder 5 521                | „       | 1 „                      |

An der Wahl beteiligten sich rund 50 Prozent aller Wahlberechtigten, jedoch sind gültige Stimmen nur von rund 41 Prozent abgegeben worden.

Ueber die Art der Verteilung der Mandate schreibt der Par. 29 der Wahlordnung zur Verordnung über die Errichtung von Arbeitskammern im Bergbau vor:

Die den einzelnen Vorschlagslisten zugefallenen Stimmzählungen werden der Reihe nach durch 1, 2, 3, 4 usw. bis zur Höchstzahl der zu Wählenden geteilt; unter den so gefundenen Zahlen werden joweit Höchstzahlen ausgehoben und der Größe nach geordnet, als Mitglieder zu wählen sind.

Danach erhält der Gewerkschaftl. Bergarbeiter sein 6. Mandat, und zwar das 20. Mitglied der Arbeitskammer mit 50 462 : 6 = 8247 Stimmen (Höchstzahl), während der alte Bergarbeiterverband sein 12. Mandat, und zwar das 19. Mit-

glied der Arbeitskammer mit 100 924 : 12 = 8410 Stimmen erhält. Die beiden nächsten zu erreichenden Höchstzahlen fallen auf den alten Verband, der damit den ersten und zweiten Stellvertreter bekommt, während bereits der dritte Stellvertreter den christlichen Berufsverbänden mit 7105 zufällt.

Daß diese Art des Verhältniswahlsystems nicht allzu gerecht ist, beweist folgendes Beispiel: Auf 183 470 abgegebene gültige Gesamtstimmen müssen in diesem Falle 20 Mandate verteilt werden. Wer also ein Mandat haben will, mußte zunächst den 20. Teil aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinen, nämlich 9173 1/2 Stimmen. Der alte Bergarbeiterverband hat zunächst 11 x 9173 1/2 Stimmen = 100 908 1/2 Stimmen aufgebracht und darüber hinaus nur noch 15 1/2 Stimmen, für die er aber doch ein Mandat erhält, während die christl. Berufsverbände mit 7105 Stimmen leer ausgehen. Die Winderheiten sind also in der Wahlordnung nicht genügend geschützt.

Bei dem Wahlergebnis ist der Verlust der Polen bemerkenswert. Von den vor zwei Jahren erhaltenen vier Mandaten mußten sie zwei an den alten Bergarbeiterverband abgeben. Allerdings würde das Ergebnis, für alle Beteiligten ein ganz anderes sein, wenn die Liste 4 der Gelsenkirchener Union gültig gewesen wäre. Die Union hätte vier Mandate erhalten, und zwar je zwei auf Kosten des alten Bergarbeiterverbandes und des Gewerkschaftl. christlicher Bergarbeiter.

Für die an unserer Liste 5 beteiligten Kollegen der christlichen Berufsverbände ist das Wahlergebnis ein Erfolg insofern, als wir trotz der allgemein mangelhaften Wahlbeteiligung eine Stimmzahl erhielten, die ganz nahe an die für ein Mandat erforderliche Zahl herankam und die z. B. über die Stimmzahl der Kirch. Dunderschen Bergarbeiter erheblich hinausging. Auf vielen Schadtanlagen haben unsere Kollegen sehr gut und vorbildlich gearbeitet, während auf einer Reihe Schadtanlagen das Ergebnis hätte besser sein können und leider hier und da aus Raubeit manches veräußert worden ist.

1143 Stimmen haben gefehlt, um das 20. Mandat zu erringen, allerdings auf Kosten des Gewerkevereins Christ. Bergarbeiter. Aber mit 1306 Stimmen mehr hätten wir das 19. Mandat erhalten, indem wir dann mit insgesamt 8411 Stimmen die 12. Höchstzahl des alten Bergarbeiterverbandes überschritten hätten. Dies Ergebnis hätte erreicht werden können, wenn alle Mitglieder ihre Pflicht getan hätten! Die Versäumnis und Gleichgültigkeit mancher Kollegen, die nicht einmal zum Verteilen von Stimmzetteln bereit waren, konnte durch den großen Eifer der anderen Kollegen nicht wettgemacht werden. Immerhin haben wir gezeigt, daß wir im Ruhrbergbau etwas bedeuten und daß wir unsere Interessen wahrzunehmen bereit sind. Schreiten wir auf diesem Wege vorwärts, unsere heranwachsenden jugendlichen Kollegen lassen uns dazu das Beste hoffen, so wird bei einer Neuwahl in zwei Jahren der Erfolg umso größer sein.

Können aber die Beidenhandwerker und Tagesarbeiter in ihrer Gesamtheit mit dem Wahlergebnis zufrieden sein? — Von den z. Bt. im Ruhrbergbau tätigen zirka 550 000 Arbeitern sind zirka 150 000 u. ber Tage beschäftigt, so daß nach diesem Zahlenverhältnis des Tagesarbeiters von den 20 Mandaten rund 6 zujäten. — Auf der Liste des Gewerkevereins Christl. Bergarbeiter hat an 4. Stelle ein Maschinist gestanden, während auf der Liste des alten Bergarbeiterverbandes sich an 7. Stelle ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und an 8. Stelle ein Angestellter des Maschinen- und Heizerverbandes befunden hat. Somit sind nur drei dem Tagesbetrieb entstammende Mitglieder der Arbeitskammer gewählt; die anderen 17 sind Bergleute. — Ob damit die Tagesarbeiter „genügend berücksichtigt“ sind, wollen wir ihrer eigenen Beurteilung überlassen.

Zu dem gehörigen Wahlkampf selbst ist zu bemerken, daß wir uns in unserer Wahlpropaganda nur an die zu den christlichen Berufsverbänden gehörenden Beidenhandwerker und Tagesarbeiter gewandt haben und lediglich für unsere Liste warben, ohne gegen andere Organisationen Stellung zu nehmen. Namentlich haben wir es peinlich bemieden, irgendwie gegen unseren Bruderverband, den Gewerkeverein Christl. Bergarbeiter Stimmung zu machen, trotzdem gerade durch die ablehnende Haltung des Gewerkevereins Christl. Bergarbeiter, uns einen Kandidaten an sicherer Stelle einzuräumen, wir überhaupt erst zur Aufstellung einer eigenen Kandidatenliste gezwungen worden sind. Die Tatsache des Vorhandenseins zweier Listen auf christlicher Seite zeigte der Öffentlichkeit ohnehin schon den Mangel an Einigkeit in unserm Lager. Diesen Umstand durch eine Wahlpolemik zu verschärfen, lehnten wir gänzlich ab. Jedoch unsere friedliche Haltung scheint dem Gewerkeverein Christl. Bergarbeiter nicht gepaßt zu haben, denn bereits in der Nr. 30 seines Organs „Der Bergknappe“ vom 23. Juli nahm er gegen unsere Kandidatenliste Stellung, unter anderem offensichtlich zu dem Zweck, die christlichen Berufsverbände untereinander uneins zu machen. Die Mühe ist aber vergeblich, denn eine derartige Haltung seitens der Bergarbeiter wird die Berufsverbände umso mehr zusammenschweißen. Auf die Einwände des „Bergknappen“ werden wir gelegentlich noch einmal zurückkommen. Eines der vom Gewerkechr. Bergarbeiter verbreiteten Flugblätter verdient der Nachwelt überliefert zu werden; vielleicht kann das Kulturdokument schon eingerahmt in einem wissenschaftlichen oder historischen Museum ausgestellt werden. Das Flugblatt, dessen Verteilung von einer ganzen Reihe Vertrauensleute des Gewerkevereins Christl. Bergarbeiter unständigerweise abgelehnt worden ist, lautet u. a. wörtlich:

**Achtung! Stimmensang!**

**Arbeitskammer oder Handwerkskammer?**

Die bergbaufreunden Fachverbände haben für die Arbeitskammerwahl als Liste 5 eine Sonderliste aufgestellt. In geradezu berberischer Weise wollen sie die Arbeitskammer für den Ruhrbergbau zu einer Handwerkskammer machen, obgleich für das Handwerk besondere Kammern längst bestehen.

Es ist eine Schande, daß die notwendige Berufssolidarität so mißachtet wird. Keine Stimme diesen bergbaufreunden Zerplitterern! Keiner nehme auch nur einen Stimmzettel von ihnen an! Die Liste gehört an den Pranger.

Daß man ein derartiges Machwerk an den „Pranger“ stellen muß, ist ein wahres Trauerspiel in unserer Gewerkschaftsbewegung. Geradezu lächerlich wirkt aber die Verwechslung bzw. der Vergleich der Arbeitskammer mit den Handwerkskammern. Entweder wollte der Flugblattschreiber die jetzigen fangen, die nicht alle werden, oder er mußte tatsächlich nicht, daß Handwerkskammern nur für die in Zünften zusammengeschlossenen Handwerksmeister bestehen. Ein besserer Beweis der Unfähigkeit für die Vertretung handwerklicher Interessen konnte kaum erbracht werden. Wie lange noch wollen sich die Beidenhandwerker derartiges gefallen lassen?

Für unsere Kollegen soll der 2. August mit seinen Begleiterscheinungen ein neuer Ansporn sein, nun umso mehr die unorganisierten und die falsch organisierten Beidenhandwerker und Tagesarbeiter für unsere christlichen Berufsorganisationen zu gewinnen suchen. Das ist notwendig zur kräftigen Vertretung der Berufsinteressen und auch zum Wohle der Gesamtbewegung.

**Streiflichter**

**Die Wöhne in Deutschland.**

Nach der „Industrie- und Handelszeitung“ hat ein Komitee des Parlaments der Vereinigten Staaten eine Zusammenstellung über die in der Textilindustrie gezeigten Wöhne herausgegeben, geordnet nach den verschiedenen Industriezweigen und Gesamtproduktionsländern.

**Wöhne in Dollars**

|             | Baumwollweberien | Wollweberien | Wollweberien |
|-------------|------------------|--------------|--------------|
| Nordamerika | 20,80            | 39,33        | 38,98        |
| England     | 12,39            | 15,58        | 17,70        |
| Belgien     | 12,29            | 9,54         | 9,63         |
| Frankreich  | 9,12             | 12,90        | —            |
| Italien     | 5,14             | —            | —            |
| Japan       | 4,56             | —            | 6,00         |
| Deutschland | 4,35             | 4,74         | 4,35         |

**Gewerkschaftliches**

**Unsere Bruderverbände in Holland und Oesterreich.**

hielten im vergangenen Monat ihre Generalversammlungen ab. Der r.-l. Metallarbeiterbund (der römisch-katholische Metallarbeiterbund) Holland in Utrecht und der österreichische christliche Metallarbeiterbund in Wien. Unsere Holländer Kollegen haben bekanntlich zwei Verbände, den evangelischen und den katholischen Metallarbeiterverband, die in einem engen Parteilverhältnis stehen und zusammen 38 000 Mitglieder zählen und den sozialistischen Metallarbeiterverband in Holland überholt haben. Der r.-l. Metallarbeiterbund zählt 18 000 Mitglieder und verfügt ebenso wie der evangelische über gute Kassenerhältnisse. An der Generalversammlung nahm auch unser Verbandsvorsitzender Kollege Franz Wieber teil.

Schwieriger ist die Lage in Oesterreich, wo die christlichen Gewerkschaften dem allgrößten Terror ausgesetzt sind. Aber das Eis scheint gebrochen. Der österreichische christliche Metallarbeiterverband hat im letzten Jahre gute Fortschritte gemacht und wenn auch die Zahl von 3500 Mitgliedern nicht bedeutend zu nennen ist, berechtigt sie doch zu guten Hoffnungen. Als Vertreter der christlichen Metallarbeiter-Internationale waren die Kollegen aus Holland zur Generalversammlung in Wien erschienen. Unser Verbandsvorsitzender war wegen bringender Arbeit in Berlin zurückgehalten worden. Hoffentlich werden unsere Kollegen in Oesterreich auch bald in größeren Scharen sich im dortigen christlichen Metallarbeiterverband bereinigen.

**Der christliche Textilarbeiterverband**

veröffentlicht zu seiner Generalversammlung in Münster seinen Geschäftsbericht, dem wir folgendes entnehmen:  
Der Mitgliederstand betrug am 1. Juli 1919 72 990, am 1. April 1921 110 252. In der Berichtszeit (12 Jahren) betrug mithin die Zunahme 37 262. Unorganisierte Textilarbeiter und -Arbeiterinnen gibt es in der Textilindustrie nur noch ganz vereinzelt. Den Bestand der Zentralkasse mit 597 396,90 M. und den Bestand der Ortsgruppenkassen mit 95 546,37 M. eingerechnet, betrug die Bruttoeinnahme 17 068 067,26 M., die Bruttoausgabe 9 789 684,80 M. Das ergibt

einen Gesamtvermögensbestand am Schlusse des ersten Quartals von 6 178 382 M. In den 21 Monaten der Berichtszeit war der Verbund an 219 Streiks beteiligt, von denen die weit überwiegende Mehrzahl nur geringen Umfangs und von kurzer Dauer war. Größere Streiks wurden 12 geführt. Ausperrungen wurden drei gemeldet. Der Verband war Ende März 1921 an 92 Tarifverträgen beteiligt. Die Zahl der von diesen Verträgen erfassten Betriebe betrug 6492 mit 586 092 Arbeitern. Nach den ongestellten Erhebungen hat sich der Nachendienst der Mitglieder in der Zeit vom 1. Juli 1919 bis 31. März 1921 um durchschnittlich 125 Mark erhöht. Das bedeutet bei Insetzung einer Mitgliederzahl von 110 000 ein wöchentliches Mehreinkommen von 13 750 000 Mark, pro Jahr 715 000 000 Mark. — Dem christlichen Textilarbeiterverband wünschen wir auch für die Zukunft so schöne Fortschritte, wie er sie bis jetzt zu verzeichnen hat.

**Arbeiterentlassungen im Saargebiet.**

Die lange befürchtete Wirtschaftskrise der Hüttenindustrie des Saargebietes scheint, wie die R. B. M. aus Saarbrücken melden, nunmehr zur Tatsache zu werden. Nachdem die Mannesmannwerke in Dous und Saarbrücken in letzter Zeit große Arbeiterentlassungen vorgenommen haben, sind nun auch die Wölklinger Hütten dazu übergegangen, den Arbeitern Kündigungen anzustellen. Das Werk, das bis jetzt 6000 Arbeiter beschäftigte, beabsichtigt die Arbeiterzahl auf 1800 herabzusetzen. Auch von den anderen großen Werken wird ähnliches erwartet. Die Gewerkschaften haben in einer Eingabe an den Arbeitgeberverband der Saarindustrie gegen diese Entlassungen protestiert. Ebenso haben sie sich an die Regierungskommission gewandt und sie aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur Abwehr der drohenden Katastrophe zu ergreifen.

**Christliche Arbeiterbewegung in Ungarn.**

An dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Budapest beteiligten sich 37 Fachorganisationen mit 118 000 Mitgliedern durch 700 Delegierte. Zu dem Kongreß waren auch Vertreter der christlichen Gewerkschaften der Schweiz, Hollands, Oesterreichs, Deutschlands und Polens, ferner der Sekretär der christlichen Arbeiterinternationale Ferrarens erschienen. Der Minister für Volkswohlfahrt Dr. Bernaolaf, der am Kongreß teilnahm, hielt, ebenso wie der frühere Minister Stefan Haller einen Vortrag.

**Wirtschaftlichkeitsbestrebungen und Arbeiterschaft**

Von Ingenieur W. Hofmann.

Die Wirtschaftlichkeits-Bestrebungen sind heute in verschiedensten Arten mehr oder weniger in jedem Betrieb, sei dies ein staatlicher oder ein privater, anzutreffen. Es soll in nachfolgendem ein Ueberblick gegeben werden

1. über Wesen und Ziele derselben,
2. über deren Ausführung und
3. deren Folgen für den gewerblichen Arbeiter.

Gleichzeitig sollen die nachstehenden Zeilen dazu dienen, den weitverbreiteten und grundlegenden Irrtum richtig zu stellen, als seien diese Bestrebungen nur allein gegen das Interesse der Arbeiter gerichtet. Diese Annahme findet man leider heute noch fast überall verbreitet, sehr zum Schaden unseres Wiederaufbaues und letzten Endes des Arbeiters selbst. Es sollen von vornherein alle parteipolitischen Momente sowie Klasseninteressen ausgeschaltet werden, vollkommen sachlich soll nach dem Studium des Auftrages jeder in der Lage sein, sich selbst das richtige Urteil zu bilden. Als Normalisator eines größeren Wertes habe ich engere Fühlung mit allen Arbeitern und habe eben dadurch Gelegenheit, zu sehen, daß es dringend notwendig ist, hier eine entsprechende Aufklärung zu bringen, daß nicht durch falschen Widerstand von Seiten der Arbeiter derartig bedeutungsvolle Bestrebungen im Keime stecken bleiben; wiederum nicht allein zum Schaden unserer Industrie, sondern auch zum Schaden unserer gesamten Arbeiterschaft.

**Was wird unter Wirtschaftlichkeitsbestrebungen verstanden und was wird bezweckt?**

Jeder Arbeiter eines halbwegs großen Betriebes wird in letzter Zeit wahrgenommen haben, daß die Betriebsleitung sucht, die Herstellung der Fabrikserzeugnisse zu verbilligen. Hiermit wäre bereits ein Zweck der genannten Bestrebungen klar geworden, doch nicht diese Verbilligung allein ist maßgebend, die anderen Gründe ergeben sich später von selbst. Diese Verbilligung wird zu erreichen gesucht durch: 1. Werkstatt-Organisation, 2. Spezialisierung, 3. Typisierung und 4. Normalisierung.

**Die Werkstattorganisation**

bildet einen Teil für sich, da sie mit den andern drei Bestrebungen nur in gewissem Zusammenhang steht. Durch sie soll erreicht werden, daß die Bearbeitungsmaschinen voll ausgenutzt werden, das heißt, daß zum Beispiel eine Drehbank mit der höchst zulässigen Schnittgeschwindigkeit arbeitet. Hierzu ist vielleicht die Auswechslung der Stähle in hochwertige Werkzeugstähle nötig, die Vorlegee müssen entsprechend geändert werden u. s. f. Die Maschinen müssen daraufhin nachgesehen werden, daß sie in allen Teilen einwandfrei arbeiten, daß keine ausgearbeiteten Büchsen und Lager, keine verborgenen Spindeln und keine ausgefahrenen Führungen vorhanden sind. Es ist mir z. B. ein Fall bekannt, in welchem bei einer Reibolverbank der Reibolverbalk ohne Ausrückung arbeitete, daß also die Bank nur als gewöhnliche Drehbank zu verwenden war, die andern Teile waren vernachlässigt. Der Meister und der Dreher hatten sich keine Mühe gegeben, die Bank in Ordnung zu bringen, sei es aus Nachlässigkeit oder bedauerlicher Unwissenheit. Der Erfolg war, daß eine Sechskantschraube fünf Mal so viel als 100 vom Stück für 25 s hergestellt wurde. Da mußte sich aber der Dreher dazu halten, daß er mit seinem Akkord auskam. Nachdem die Bank durch den Werkstattorganisator in Ordnung gebracht worden war, konnte dieselbe Schraube für 9 s hergestellt werden und der Dreher verdiente dabei. Wenn dies auch ein krasses Beispiel ist, welches sich aber in ähnlicher Weise in der Praxis wiederholen dürfte, so ist doch an demselben zu sehen, daß die Organisation im Interesse des Betriebes und des Arbeiters geschah.

Die Werkstatt-Organisation will Ordnung schaffen, Ordnung in jeder Weise, angefangen beim Betriebsbüro. In den meisten Fällen ist ein „Arbeitsbüro“ geschaffen worden, von welchem aus die möglichen Leistungen einer Maschine festgestellt werden. Es wäre nun natürlich ganz verkehrt, wenn diese Feststellungen ohne Wissen und Willen des betr. Arbeiters gemacht

würden, denn mit diesem Augenblick muß ja dem Arbeiter ein gewisses Mißtrauen kommen. Ein vernünftiger Organisator, der sich hauptsächlich mit diesen Leistungsfeststellungen befaßt, wird immer dem betr. Arbeiter den verfolgten Zweck und das gewünschte Ziel mitteilen und sich dadurch die Unterstützung und Mitarbeit des Arbeiters sichern.

Doch mit der Feststellung der Maschinenleistung allein ist es nicht getan, auch

**die Grenze der menschlichen Leistung**

soll ermittelt werden, nicht um die Menschenkraft bis zur Erschöpfung auszunutzen, denn damit ist dem Betrieb nicht gedient, sondern um die richtigen Leute an die richtigen Maschinen zu stellen. Was nützt es, wenn z. B. ein älterer Mann, der viel leicht gewandt ist, an einer schweren Hobelmaschine steht oder an einer großen Drehbank, bei welcher mit äußerst schweren Stücken zu hantieren ist. Das fällt ihm selbst schwer, zufolge seines Alters und der damit verbundenen Kräfteabnahme braucht er zu den Gantierungen mit den schweren Stücken viel mehr Zeit. Dieser Mann wäre mit seiner Geschicklichkeit und Gewandtheit an Automaten oder leichteren Maschinen am Platze, während an die schweren Maschinen ein kräftiger Mann gestellt würde, dem vielleicht wieder die Gewandtheit etwas fehlt. Diese Verletzungen bedeuten in keinem Falle für die betr. Arbeiter eine Herabsetzung oder Verschlechterung, im Gegenteil, jeder kann nun auf dem ihm zugewiesenen Gebiet mehr leisten und mehr verdienen, ohne daß der eine z. B. seine Körperkräfte übermäßig anstrengt, wie er das vorher mußte, der andere aber schweigt, weil er nicht so schnell mitkann.

Sie das richtige Verhältnis zwischen Maschinenleistung und Menschenleistung zu finden, ist Aufgabe der Werkstattorganisation. Wohlgerneht: keine Erschöpfung der Kräfte, nur richtige Verwertung unter Ausschaltung aller nutzlosen Kräftevergeudung sowohl bei der Maschine als beim Menschen. Eine überanstrengte Maschine wird eine Zeitlang diesen Anstrengungen standhalten, aber lange nicht, dann machen sich umfangreiche Ausbesserungen nötig. Beim Menschen liegt der Fall ähnlich; eine Zeit lang wird auch der Mensch sich besonders anstrengen können, aber hier spielt noch das menschliche Bewußtsein mit und das Gefühl, ausgenutzt zu werden, welches den Menschen eher zum Versagen bringt. Und das muß unter allen Umständen vermieden werden. Unsere Menschenkraft ist ein solch kostbares Gut, daß man nicht vorzüglich genug mit demselben umgehen kann und nichts rächt sich bitterer, als ein Fehler in dieser Beziehung. Als selbstverständlich wird eine angemessene Bezahlung vorausgesetzt. Denn von der erhöhten Produktion soll zu allererst der eigentliche Werfertiger Vorteil ziehen. Wenn die Werkstattorganisation unter diesen Gesichtspunkten durchgeführt wird, wird sie von Seiten vernünftigen Denkender auch auf keinen Widerstand stoßen. Es ist natürlich und menschlich, daß angenommen wird: Eine Mehrleistung von meiner Seite wird auf Kosten meiner Kraft geschehen, aber wenn man sich selbst einmal prüft und seine Arbeit einmal gewissenhaft verfolgt, so wird man selbst finden, daß man doch hier und da eine ganz unnötige, zeit- und kraftraubende Bewegung macht (sei es durch unachtsames Verlegen eines Schraubenschlüssels, sei es durch vorichtiges Anstellen eines Stahles) und man wird sich einen Strich machen; wenn man sich bei der gleichen Kraftvergeudung erkappt und für jede zehn Striche seiner Frau ein neues Kleid kauft, dann kann man wohl sicher sein, daß die Frau wie eine Fürstin ihre Garderobe wechseln kann. Doch Spaß beiseite, die Sache ist eigentlich viel zu ernst dazu. Wieviele bringen aber nun nicht die Energie auf, selbst diese Kräftevergeudung herabzumindern! Da soll die Werkstattorganisation eingreifen.

Wenn wir also vom Standpunkt des Arbeiters aus diese Bestrebungen betrachten, so finden wir, daß im Interesse des Arbeiters solange nichts daran auszuüben ist, als sie nach den oben angegebenen Richtlinien durchgeführt werden.

### Aus der Wirtschaft

#### Der Rheinischsteinstahl

Dehnt sich weiter aus. Das Gußstahlwerk Bischof A.-G. und die Gewerkschaft „Erdliche Morgenröte“ sind in den Rheinischsteinstahlwerken einbezogen worden.

#### Die ober-schlesische Eisenindustrie

Leidet sehr unter den polnischen Insurgentenaufständen, die jede zielbewusste Arbeit vollkommen unterbinden. Einzelne Werke sind insoweit befreit, einen Teil ihrer Erzeugnisse abzugeben, was teilweise infolge der sinkenden Tendenz am Exportmarkt nur unter Verlusten möglich ist. Weiter fehlt es den Werken, die teilweise sich einem völligen Wiederaufbau ihrer Organisation unterziehen müssen, an leitenden Beamten, die teilweise geflohen, aber auch von den jetzigen Wirtschäftlern gezwungen worden sind, das Land zu verlassen. Bemerkenswert ist, daß auch das Ausland zu der Entwidlung der politischen Lage in Oberschlesien kein Vertrauen hat. So hat kürzlich die dänische Regierung einen großen Eisenbahnmaterialeinkauf, den sie durch die dänische Staatsbank an die ober-schlesischen Werke vergeben hatte, wieder zurückgezogen. Infolge der großen Konkurrenz, die jetzt auf dem internationalen Eisenmarkt aufgetreten ist, gehen beratende Aufträge in den meisten Fällen der deutschen Eisenindustrie überhaupt verloren, da es den westdeutschen Eisenwerken nicht immer möglich ist, in die Brezche zu springen. Die Zukunft der ober-schlesischen Industrie wird davon abhängen, ob sie bei Deutschland bleibt oder nicht.

#### Die luxemburgische Eisenindustrie

Nach den Berichten der belgischen Handelskammer produzierten 19 luxemb. Hochofen von im ganzen 47 Hochofen 692 935 (617 422) T. Hoheisen, davon 630 161 Thomaseisen. Der Gesamtwert der Produktion betrug 382,11 Millionen Fr. oder im Durchschnitt 311,03 Millionen Fr. (i. V. 255,89). Die Hochofen verarbeiteten 1 764 608 Tonnen inländisches und 433 866 Tonnen fremdes Erz sowie 910 011 Tonnen Koks gegen 617 422 1919 und 1 808 790 1918. 7 Stahlwerke erzeugten 569 515 (366 231) Tonnen Roßstahl und 15 423 (4054) Tonnen Gußstahl und Elektroguß. Der Durchschnittswert der Tonne Roßstahl war 755,87 Fr. gegen 384 für 1919 und 68,35 für 1914. Die 5 Walzwerke erzeugten 167 670 (108 027) Tonnen Halbzeug im Wert von 138,35 Millionen Fr. (44,92), weiter 25 510 (31 495) Tonnen Eisenbahnmaterial, 103 875 (58 120) Tonnen Träger und Grobprofile, 141 790 (83 513) Tonnen Barren und Kleinprofile, 36 206 (7834) Tonnen Maschinenbauteile, 17 651 (7834) Tonnen Bleche usw. Die 9 Gießereien produzierten 16 849 (11 969) Tonnen im Wert von 24,04 (9,14) Mill. Fr. Die Lage der Konstruktionswerkstätten wird als düster geschätzt, weil sie den deutschen Markt verloren haben und weder in Frankreich noch in Belgien etwas abzusehen ist, seitdem der Absatz nach den vertriebenen Gebieten stockt.

#### Die Eisenindustrie der Vereinigten Staaten

lieht nach Presseberichten immer noch recht trüb aus, so daß der Betrieb auf nur 20-30 Prozent der normalen Leistungsfähigkeit geschätzt wird; im ganzen genommen der geringste Beschäftigungsgrad, der bisher in diesem Jahrhundert vorgekommen ist. Auf das Jahr berechnet, ergäbe die derzeitige Produktion an Stahlfertigerzeugnissen (Walzware) nur 13 1/2 Millionen Tonnen gegen 32,3 Millionen 1920 und 24,8 Mill. 1919.

#### Brasilien als Eisenerzland

Die Vereinigten Eisenwerke Burbach-Eich-Wäbelingen haben sich in Brasilien große Erzvorkommen gesichert und zwar angefaßt die niedrigen Stände der brasilianischen Valuta zu Spottpreisen. Immerhin ist es bemerkenswert, daß Unternehmungen in Luxemburg, einem Gebiet, das in normalen Zeiten noch erhebliche Erzabsatze hatte, sich jetzt überseeische Erzfelder erschließen müssen. Wie es scheint, ist ein Teil dieser Erze wenigstens in Brasilien selber verarbeitet werden.

### Bekanntmachung

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 21. August der 25. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 21.-27. August.

Es erhalten die Genehmigung zur Erhebung folgender Beiträge: 1. Klasse ab 36. Woche 1. Klasse 6 M., 2. Klasse 5 M., 3. Klasse 4 M., 4. Klasse 3 M., 5. Klasse 2 M., 6. Klasse 1 M. für die Mitglieder der drei ersten Beitragsklassen und 2,50 M. für die Lehrlingsklasse. Weihenburg ab 13. August 1. Klasse 5 M., 2. Klasse 4 M., 3. Klasse 2,50 M., 4. Klasse 1 M. Nichtbefolgung hat den Verlust naturlicher Rechte zur Folge.

### Verbandsgebiet

**Waffenfabrik.** Unsere Ortsverwaltung hatte am Mittwoch, den 3. August, zur halbjährigen Quartalsversammlung eingeladen. Die Versammlung war sehr gut besucht, es waren von den in Wöhring wohnenden Kollegen bis auf zwei Kollegen alle erschienen.

Der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Köpfer, konnte dies in seiner Begrüßungsrede mit Genugtuung feststellen. Hierauf gab er unserem Bezirksleiter, Kollegen Wepf, Vermerk, daß er zu seinem Vortrag über „Die Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart“... In der anderen Hälfte der Rede übertrug er die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung nach dem Krieg über Nacht ganz gewaltig in die Breite und Tiefe gediehen sei und sie dadurch vor große neue Aufgaben gestellt worden ist. Hauptaufgabe 3 Aufgaben hat die Gewerkschaftsbewegung zu erfüllen und zwar: 1. als wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer, 2. als Organ der Volkswirtschaft und 3. als soziale Bewegung. Der Redner ging auf die drei Punkte eingehend ein und zeigte allen Anwesenden die Notwendigkeit, das, was auch bei uns in Wöhring diese Aufgaben erfüllen zu können, jeder christliche Metallarbeiter sich unserer christlichen Metallarbeiterverbände anschließen muß.

Das weitere kam Kollege Wepf auch auf den vertriebenen Streit in der Schiffswerft in Erlangen zu sprechen. Auch hier zeigte es sich wieder so recht deutlich, wie mit den Arbeiterinteressen geschickt wurde, indem man über die Köpfe der Führer hinweg plan- und geschickten Vorgehens, dem christlichen Metallarbeiterverband beigetreten, damit dessen Einfluß weiterhin im Wöhringer Wirtschaftsgebiet wächst, um für die Zukunft solche wilden Streiks zu vermeiden.

Am Schluß seiner überzeugenden Ausführungen dankte Kollege Wepf dem neuen Vorstand für seine bis jetzt dem Verband geleistete Dienste, besonders dem unermüdbaren Vorsitzenden Kollegen Köpfer und sprach die berechtigten Hoffnungen aus, daß bis Jahresfrist sich der Mitgliederstand der Verwaltung wiederum (wie es diesmal der Fall war) verdoppelt hat. Der letzte Bezirkstag in Wöhring zeigte so recht, wie es unser Bezirksleiter verstanden hat, die Anwesenden aus neue für unsere Sache zu begeistern.

Dies kam auch bei der Diskussion zum Ausdruck, worauf nach Erlebung rein örtlicher Angelegenheiten Kollege Köpfer die so schön verlaufene Quartalsversammlung schloß.

**Bremen.** An die Arbeiterschaft der Aktien-Gesellschaft „Weier“ ist eine Bekanntmachung des Vorstandes gerichtet, die dieser am 22. Juli dem Betriebsrat mit dem Ersuchen um Zustimmung übergeben hat. Sie lautet:

Bei den Verhandlungen mit unseren Auftraggebern über Uebernahme von Bauten und Reparaturen zu festen Preisen hat sich nunmehr auch für unsere Werkstätte und die Öffentlichkeit ergeben:

1. daß die Arbeitsleistung in allen Abteilungen auf Grund der geringen Leistung der Arbeiter außerordentlich schlecht ist,
2. daß die Unkosten der Werkstätte dadurch und durch die fortwährenden Forderungen der Arbeiter auf allen Gebieten ins Unermeßliche gestiegen sind,
3. daß die Herstellungskosten jedes Arbeitsstückes so außerordentlich hoch sind, daß die Möglichkeit, auskömmliche Aufträge zu festen Preisen zu erhalten, nicht mehr vorliegt.

Die hohen Herstellungskosten haben die Weier veranlaßt, ihre bestellten Schiffe entweder der Schiffbau-Treuhand-Bank zur Verfügung zu stellen, oder die Aufträge ganz zu annullieren. Die Weier erhalten bauernd Angebote auf Frachtdampfer von anderen Werften zu festen und wesentlich niedrigeren Preisen, als die „Weier“ solche anbieten kann. Es stehen hierbei den Weierpreisen von 4900-6000 Mark pro Tonne Tragfähigkeit Preise der Konkurrenz von 2500-3750 Mark gegenüber. Es ist durch die Vorankündigung zahlmäßig erwiesen, daß der Unterschied allein in den hohen Löhnen und Unkosten der „Weier“ liegt. Auf diese Weise haben wir die drei kürzlich angeordneten Bauten ablehnen müssen.

Die Schiffbau-Treuhand-Bank kann die ihr von den Reedern zur Verfügung gestellten Schiffe nicht bauen, da kein Geld mehr vorhanden ist, alle Reserven verteilt sind und auf Nachbestellungen vom Reich nicht zu rechnen ist. Falls die „Weier“ nicht in der Lage ist, durch Verständigung mit den Reedern einen Teil der zur Verfügung gestellten Schiffe zu angemessenen festen Preisen fertig zu bauen, so gehen diese Schiffe der „Weier“ verloren.

Um der Arbeiterschaft nach Möglichkeit die Gelegenheit zu Arbeit zu erhalten, und um die umfangreichen vorgelegenen Entlassungen und außerdem eine weitgehende Verminderung der Arbeitszeit möglichst zu vermeiden, leben wir uns gezwungen, folgende Maßnahmen zu treffen, die am Montag, 1. August, in Kraft treten:

1. Die achtstündige Arbeitszeit muß streng eingehalten werden. Kein Arbeiter darf seine Arbeit vor dem maßgebendem Signal verlassen.
2. Die Kartenkontrolle mit Abstempelung der Uhrzeit wird so schnell als möglich in allen Abteilungen eingeführt. Jeder Arbeiter ist verpflichtet, bei Beginn und Schluß der Arbeit, auch in der Mittagspause, seine Karte abzustempeln.
3. Es wird eine Frühstückspause von 15 Minuten in die Zeit von 8 bis 9,15 Uhr gelegt; die Pause wird durch Pfeifensignale angezeigt. Während der Frühstückspause darf der Arbeiter seine Arbeitsstelle resp. seine Werkstatt nicht verlassen. Die Mittagspause wird auf 30 Minuten festgesetzt. Die Arbeitszeit ist demnach 6,30 bis 8 Uhr, 8,15 bis 11,30 Uhr, 12 bis 3,15 Uhr.
4. Arbeiter, die des Diebstahls, auch bei kleinsten Materialien (Feuerungsmaterial usw.), überführt werden, werden entlassen. Anzeige bei dem Staatsanwalt bleibt vorbehalten.
5. Die Arbeiter werden laut Tarif unter Zugrundelegung der Arbeitsbasis (Zeitlohn plus 10 Prozent) streng durchgeführt.

Arbeiter, welche gegen die in den obigen Punkten enthaltenen Bestimmungen handeln, werden entlassen.

Die Punkte enthalten nur Maßnahmen, die einen ordnungsmäßigen Betrieb und eine wirtschaftliche Produktion ermöglichen sollen. Wir richten hiermit an unsere gesamte Arbeiterschaft die Aufforderung, uns durch Anerkennung dieser Maßnahmen zu unterstützen, um der Arbeiterschaft weitere Arbeitsgelegenheit zu bieten und um die drohende Arbeitslosigkeit kommen zu können. Wir würden anderenfalls gezwungen sein, sofortige große Entlassungen durchzuführen, gegebenenfalls das Werk wegen unwirtschaftlicher und unproduktiver Arbeit bis auf weiteres ganz zu schließen.

Der Betriebsrat nimmt gegen diese Bekanntmachung Stellung, insbesondere gegen den Punkt 5, gegen den er unter Hinweis auf das Anzeichen der Lebensmittelpreise bemerkt:

Würde der Punkt zur Durchführung kommen, dann heißt das für die Werftarbeiterzeit Abbau der Löhne um mindestens 40-50 Prozent. Wenn der Arbeiter heute noch durchschnittlich 50-60 Prozent verdient, würde er dann kaum noch 10-20 Prozent verdienen.

Die Behauptung betr. zu geringe Arbeitsleistungen wird bestritten, die scharfe Abgrenzung der Räume wegen Abgrenzbarkeit der Umkleieräume von der Arbeitsstätte für unbrauchbar erklärt. Dann heißt es: „Der Betriebsrat ist auch bereit, das Anwesenheitsbuch zu revidieren, aber er muß es ablehnen, es nur einseitig, nämlich nur auf Kosten der Arbeiter zu tun, eine Nachprüfung des Anwesenheitsbuches würde in allen seinen Einzelheiten erfolgen, da wir der festen Ueberzeugung sind, daß hier noch vieles im argen liegt.“

Aus dieser Bekanntmachung der A.-G. „Weier“ kann jeder Unbefangene urteilen, wie weit über wie tief die dortige Arbeiterschaft durch die kommunistische Politik in den „Sumpf“ hineingeführt worden ist.

Es muß herrlich weit mit der „Stoß- und Schlagkraft“ der sozialdemokratischen Organisationen in Bremen gekommen sein, wenn eine Direktion, die vor knapp zwei Jahren aus lauter Angst vor den Revolutionärsgeheim alles bewilligt, sich heute eine solche Sprache erlauben kann. Wenn es wahr sein sollte, daß ein Weierwerksdirektor mit den Kommunisten und ein anderer von den Dreien mit der USA. liebäugelt, dann ist eine solche Bekanntmachung sehr wohl verständlich. Der eine Bruder in Grad wird dann schon wissen, was er dem anderen mit der Arbeitslosigk., zuzurechnen darf.

Wie lange läßt sich die Bremer Werftarbeiterchaft wohl noch am kommunistischen Gängelband führen?

**Frankfurt a. M. Terror in den Werken.** Die sozialdemokratischen Gewerkschaftler haben über den Terrorismus merkwürdige Begriffe. Wenn zwei haspelte tun, ist es immer noch nicht haspelte, diesem Satz verhoffen die Genossen ganz besondere Ehre. Bekannt ist die Terrorwelle vom November 1919 bei Voigt u. Häffner. Dort hat man mit Gewalt die christlich organisierten Arbeiter an der Arbeit verhindert und aus dem Betrieb entfernt. In allen Instanzen vor dem Schlichtungsamt und dem ordentlichen Gericht lagerten die Genossen, einen Terrorakt verübt zu haben. Die christlich organisierten hätten sich unbeliebt gemacht und durch ihre Agitation Lärm gestiftet, was es notwendig erscheinen ließe, die Entlassung zu fordern, um den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren. Mit solchen Argumenten wollen die Genossen ihre Gewalttate begründen. Demlich tritt hier zu Tage, daß die Genossen für sich das Recht der Agitation allein in Anspruch nehmen wollen. Straß, Gleichheit, Brüderlichkeit ist ihre Parole, mit der sie angeblich die Menschheit einer besseren Zukunft entgegenführen wollen. Ihre praktische Tätigkeit eigenen Klassenangehörigen gegenüber zeigt genau das Gegenteil. Jeder christlich organisierte Arbeiter Frankfurt hat davon Zeugnis abgelegt.

Daß es den Genossen trotzdem nicht genügt, was in unserer Entwicklung zu sehen, ist ein Beweis dafür, wie tief die Heule der christlichen Gewerkschaften auch in Frankfurt Babel geschlagen haben.

Interessant ist nun, wie die Genossen es fertig bringen, christlich organisierte Gewerkschaftler des Terrors zu beschuldigen, und

indem sie sich als Hüter der Koalitionsfreiheit gebärden, zugleich sich des krassesten Terrorismus schuldig machen.

Als vor einigen Wochen ein jüngerer Arbeiter im Wert 1 der Ueberwerke eingekerkert war, suchte ein Vertrauensmann des christlichen Metallarbeiterverbandes denselben in seiner Wohnung auf, um ihn für seinen Verband zu gewinnen. Daraus ergibt sich mit aller Deutlichkeit, daß der christliche Vertrauensmann die Agitation in der Werkstätte vertrieb, um nicht als Unruhstifter beschuldigt zu werden. Aber selbst das Recht, außerhalb des Betriebes Agitation zu betreiben, macht man den christlichen Arbeitern streitig. Nämlich am 18. 5. während der Arbeitszeit, erschien der rote Obmann des Vertrauenskreises bei dem christlichen Vertrauensmann und stellte ihn zur Rede, wie er sich unterstellen könne, außerhalb des Betriebes mit terroristischen Mitteln zu agitieren. Der christliche Kollege versuchte dem Genossen den Begriff Terrorismus ausbeinanderzusetzen und verwies dabei, daß sich das bei Voigt u. Häffner abspielte. Verbalten der Genossen als Terrorismus gezeigt habe, aber nicht, wenn man einen Arbeiter in seiner Wohnung aufsuche. Darauf erwiderte der rote Obmann Fohlnhäuser, die christlich organisierten Arbeiter bei Voigt u. Häffner seien zu Recht entlassen worden und, wenn er (der christliche Kollege) in seiner Abteilung arbeiten würde, wäre er ebenfalls schon längst nicht mehr im Betriebe. Dabei hagelte es von Pfaffen und anderen Kosenamen.

Während dieser Auseinandersetzung gestellte sich der Werkstottvertrauensmann Weiland noch hinzu und verles dem christlichen Kollegen einen Stoß auf die Brust.

Welche Art Agitation aber die Genossen sich zu erlauben für berechtigt halten, ist daraus zu ersehen, daß der rote Vertrauensmann am 19. 5. in der Werkstätte eine Versammlung abhielt, zunächst gegen den christlichen Kollegen Stimmung machte, um zum Schluß aufzufordern, nur in den von Metallarbeiterverband einzutreten. Am 21. 5. wurde am schwarzen Brett bekannt gemacht, daß eine Verbands- und Parteibuchkontrolle stattfindet.

Man stelle nun das korrekte Verhalten des christlichen Vertrauensmannes den Anmachungen der Genossen gegenüber und man kommt zu dem Schluß, daß die Genossen an Begriffsverwirrung leiden. Es eckelt einen an, daß man sich mit solchen Elementen herumzuschlagen muß. Um die Koalitionsfreiheit zu sichern, hilft kein anderes Mittel, als das einer exemplarischen Bestrafung für jeden, der sich dagegen verstößt.

Wenn die vorhandenen Gesetze keine Handhabe dafür bieten, müssen eben solche geschaffen werden. Es muß in der Tat schlicht werden um den Sozialismus, wenn er mit Gewalt vertrieben werden muß.

Die christlichen Gewerkschaften sind indessen der festen Ueberzeugung, daß eine geistige Bewegung mit Gewalt nicht vorwärts gebracht werden kann. Sie sind ebenfalls mit festen Ueberzeugung, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung mit Gewaltmitteln vielleicht auf kurze Zeit in ihrer Entwicklung gehemmt werden kann, nicht aber auf die Dauer.

Das Maximum, das die christlichen Gewerkschaftler bisher zu ertragen hatten, wird um so reichere Früchte für sie in der Zukunft bringen.

### Branchenbewegung

#### Uhrmacher.

Warum. Lange schon schwebten die Streitfragen über die Entlohnung der Lehrlinge in den Handwertbetrieben des Wuppertals. Die beteiligten Gewerkschaften haben schon seit Jahren versucht, mit den betreffenden Innungen ein Abkommen hierüber zu treffen. Leider war das bis heute nicht möglich, und so sah sich der christliche und der deutsche Metallarbeiterverband gezwungen, den staatlichen Schlichtungsausschuß der Stadt Wermeln in der Angelegenheit anzurufen. Der Schlichtungsausschuß trat bei Auffassung der Arbeitnehmer maßhaltig bei und fällte einen Schlichtungspruch, der folgende Sätze enthält:

- Im ersten halben Lehrjahr . . . 0,80 M. pro Stunde
- Im zweiten halben Lehrjahr 0,90 M. pro Stunde
- Im dritten Lehrjahr . . . 1,20 M. pro Stunde
- Im vierten Lehrjahr . . . 1,70 M. pro Stunde
- Im vierten Lehrjahr . . . 2,30 M. pro Stunde

Die Vertreter der Innung für das Klempner- und Installateurgewerbe, die als Beklagte in Frage kam, lehnt den Spruch ab, so daß der Regierungspräsident als Demobilisationskommissar den Spruch für verbindlich erklären muß.

#### Uhrindustrie.

Not macht erfinderisch. Aus der Bedrängnis, die die Wirtungen und Folgen des verlorenen Krieges der Industrie gekostet haben, sucht deutsche Arbeits- und Erfindungskraft Rettung. Eine Vorstellung von den Anstrengungen und Ergebnissen gewinnt man, schreibt die „Frankfurter Zeitung“, Nr. 518, wenn man durch die Spezialausstellung irgend eines Gewerbes in die Einzelheiten des gewerblichen Schaffens eindringen kann. Zurzeit ist eine Ausstellung für Uhrmacher in Stuttgart. Sie zeigt, wie diese Industrie sich zu helfen sucht. Edelmetalle sind heute unerschwinglich. Die Industrie muß zu Ersatzstoffen greifen. Aber sie weiß dem Ersatzstoff nicht nur bauernd gutes Aussehen und Haltbarkeit zu geben, sondern sie wendet auch individuelle Qualitätsarbeit daran und überwindet so Edelmetallnot und Rauffschwäche des Publikums. Der Käufer erhält ein zwar einfaches, aber beschönerndes Stoff gefertigt, aber haltbares und qualitativ gebiegenes Erzeugnis. Ein anderes Beispiel: Die Schweiz hat bisher nicht nur die vollkommensten Uhren, sondern auch die Werkzeuge zu ihrer Herstellung geliefert. Der Stand unserer Valuta macht ihren Bezug unerschwinglich. Die deutsche Industrie ist daran, in Glastüte, Kupfa und anderen Orten Uhren und Uhrmacherwerkzeuge herzustellen, die mit den Erzeugnissen Schweizer Kunst zu konkurrieren beginnen. Lothringische Werke waren bisher die konkurrenzlosen Lieferanten für Uhrengehäuse, und ihr Synbitat bildierte die Preise. Lothringen ist französisch geworden und die deutsche Industrie soll in teuren Franzosen bezahlen. Die deutschen Uhrmacher schließen sich zu einer Genossenschaft zusammen, gründen in Leuchern die „Uhrgläserwerke deutscher Uhrmacher“, die hartnäckig darum kämpfen, ihr Gewerbe vom Auslande unabhängig zu machen. Durch technische Leistungen wie wirtschaftliche Organisation sucht das Gewerbe emporzukommen. Wichtig für die Herstellung der Uhren selbst und der Uhrgehäuse hat sich in Glastüte eine Genossenschaft gebildet, der jetzt über 1100 Genossen angehören. Und schließlich schafft sich das Gewerbe die Voraussetzung und Sicherung dieses Kampfes um seine Existenz durch zahlreiche Fachschulen (Glastüte, Fürtwangen, Ultena, Schwenningen, Leisig, Saargebiet), die die Lehrlinge theoretisch und praktisch gründlich ausbilden. Wie um den Auslandsmarkt gekämpft wird, das zeigt vor allem die Schwarzwaldbauindustrie, deren Wand- und Standuhren in Form und Schöngewalt auf die Wünsche und Lebensgewohnheiten auswärtiger Käufer eingeleitet sind. Die Ausstellung greift aber das Uhrgewerbe hinaus; nicht nur Uhren jeder Art, von dem Armbanduhrchen in Millimetergröße bis zu den größten Wanduhren, von der einfachsten Taschenuhr bis zum feinsten Chronometer, von der Küchenuhr bis zur Auto- und Schiffuhr, und alle Uhrmacherwerkzeuge, Motoren und Meßinstrumente, sondern auch optische Erzeugnisse, Schmal- und Gebrauchswaren wurden ausgestellt.

Die Lage der Uhrmachergehilfen ist keine allzu rosig. Die Arbeit in den Branchen unseres Verbandes wird es auch den christlich organisierten Uhrmachergehilfen ermöglichen, voranzukommen.